



Vorlage SoA\_08/2011  
zur öffentlichen Sitzung des  
Sozialausschusses  
am 30.09.2011

mit 1 Anlage

An die  
Mitglieder  
des Sozialausschusses

### **Dritter Tätigkeitsbericht Sozialmedizinischer Dienst - Vorberatung -**

#### **1. Ausgangslage**

Mit Beschluss vom 08.10.2007 stimmte der Sozialausschuss der Einrichtung eines Sozialmedizinischen Dienstes (SMD) im Gesundheitsdezernat des Landratsamtes zu. Die hierfür empfohlenen zwei Arbeitskräfte, zunächst im Zeitvertrag auf vier Jahre, wurden vom Kreistag im Rahmen des Stellenplans 2008 beschlossen. Dem Sozialausschuss sollte jährlich berichtet werden.

Die Mitarbeiterinnen des SMD haben jetzt ihren dritten Tätigkeitsbericht vorgelegt (siehe Anlage).

Der SMD unterstützt die Städte und Gemeinden im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge, indem er Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten anbietet. Primäre Partner des SMD in den Kommunen sind die Ordnungsämter.

Die Mitglieder des Ordnungsamtsleitersprengels im Landkreis sind einhellig der Meinung, dass die Notwendigkeit des Dienstes unbestritten und dieser nicht mehr wegzudenken ist.

Dieser Meinung haben sich die Bürgermeister/innen in ihrer Versammlung am 27.07.2011 einstimmig angeschlossen.

Wir verfügen im SMD über äußerst kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen für die oft problematische und aufgrund der Eigen- und Fremdgefährdung des Klientels sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Sie haben inzwischen bei den schwierigen Hilfesuchenden Vertrauen erworben und mit allen Kooperationspartnern gute Kontakte aufgebaut.

Die Mitarbeiterinnen gilt es dauerhaft zu halten. Dazu müssen feste Stellen eingerichtet werden.

#### **2. Tätigkeitsbericht**

Der SMD betreut schwerpunktmäßig folgende Personenkreise:

- Psychisch kranke Menschen, die nicht krankheits- und behandlungseinsichtig sind
- Verwaarloste Menschen
- Demenzkranke Menschen
- Suchtkranke Menschen (Schwerpunkt Alkohol)

**Im Jahr 2010 wurden 297 Fälle bearbeitet**, wobei ein Fall meist mehrere Kontakte nach sich zieht.

Vergleicht man mit den beiden Berichten der Vorjahre, pendeln sich die Zahlen mittlerweile bei ca. 300 Fällen/Jahr ein. Mehr als die Hälfte der Fälle (163) gingen auf Initiative der Ordnungsämter von 35 Kommunen zurück.

In allen Fällen, in denen ein persönlicher Kontakt zur/zum Klientin/en selbst stattgefunden hat, wurde grundsätzlich eine psychosoziale Beratung/Begleitung durchgeführt und versucht, konkrete Hilfen zu generieren.

Nach mehr als dreijährigem Bestehen hat sich der Dienst etabliert und bewährt. Intensive Kontakte bestehen zu den zuständigen Behörden und anderen Stellen (Ordnungsämter, Polizei, Notare). Durch die kurzen Kommunikationswege wurde eine hohe Effizienz erreicht (amtsintern z.B. zu den Ärztinnen und Ärzten des amtsärztlichen Dienstes sowie zu externen Kooperationspartnern). Darüber hinaus wird der SMD aufgrund des gestiegenen Bekanntheitsgrades mittlerweile auch vermehrt durch die Bevölkerung oder andere Organisationen in Anspruch genommen.

Der Dienst deckt Hilfen ab, die andere soziale Dienste im Landkreis aufgrund der Komplexität/Intensität der sozialen Problematik oder ungeeigneter Strukturen (z.B. fehlende aufsuchende Tätigkeit) nicht leisten können und schließt damit Lücken im regionalen Sozialsystem. Auch die sozialen Dienste des Landratsamtes (ASD und SpDi) sind für den spezifischen Personenkreis nicht zuständig.

Ein zunehmend bedeutendes Tätigkeitsfeld des SMD besteht im Bereich von Maßnahmen nach dem Unterbringungsgesetz für psychisch kranke Menschen. In diesen Fällen bitten die Ordnungsämter den SMD mögliche Gefahrenpotentiale (Fremd- bzw. Eigengefährdung) abzuschätzen. Diese Einschätzung erfolgt entweder auf Grund eines persönlichen Kontaktes mit den Betroffenen, oder wird durch „Ermittlungsarbeit“ im sozialen Umfeld getroffen. Durch diese Arbeit kann der Entscheidungsfindungsprozess der Ordnungsämter maßgeblich unterstützt werden.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1.) Der Sozialausschuss nimmt den dritten Tätigkeitsbericht des Sozialmedizinischen Dienstes zur Kenntnis.
- 2.) Der Sozialausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, im Haushalt 2012 zwei Stellen für den Sozialmedizinischen Dienst einzurichten und dies im Stellenplan 2012 zu berücksichtigen.